

Rumänien

Anneli Ute Gabanyi

In einem Zwischenbericht vom Februar 2008¹ hatte die Europäische Kommission die rumänischen Behörden auf die Erfüllung einiger noch ausstehender Vereinbarungen und Verpflichtungen unter dem Aktionsprogramm hingewiesen. Am 23. Juli 2008 veröffentlichte die Kommission dann ihren zweiten jährlichen Bericht² über die Fortschritte Rumäniens im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens.

EU-Fortschrittsbericht: Keine Sanktionen gegen Rumänien

Generell wird darin der Regierung und den Justizbehörden des Landes bescheinigt, bei der zeitgerechten Umsetzung der vorgegebenen gesetzlichen Regelungen Erfolge erzielt und damit „auf den Pfad der Justizreform und der Korruptionsbekämpfung zurückgefunden“ zu haben. Folgende Positiva werden in dem Bericht aufgelistet:

- Die Bemühungen des im Februar 2008 neu ernannten Justizministers Cătălin Predoiu um die Reform und Stabilisierung des Rechtsrahmens in der Korruptionsbekämpfung.
- Die bessere personelle Ausstattung des Obersten Rates der Magistratur.
- Die verbesserte Ermittlungsbilanz im Kampf gegen die Korruption auf hoher Ebene.
- Die Fortschritte beim Kampf gegen die Korruption auf kommunaler Ebene.
- Positiv wird in dem Fortschrittsbericht die Einrichtung der Nationalen Integritätsbehörde (Agenția Națională de Integritate) vermerkt. Diese Neugründung war nicht zuletzt schwierig war, weil es in der Europäischen Union kein Vorbild für eine solche Institution zur Einkommenskontrolle und zur Untersuchung von Interessenkonflikten im öffentlichen Dienst gibt.³

Diese Einschätzung der Kommission scheint auch der am 25. September 2008 von Transparency International veröffentlichte Index über die Wahrnehmung der Korruption (Corruption Perception Index, CPI) zu bestätigen. Rumänien rangiert darin mit 3,8 Punkten (von zehn) immer noch nur auf Platz 70 von weltweit 180 Staaten, doch der Trend zeigt seit dem im Jahre 2002 erreichten Tiefpunkt konstant nach oben. Erstmals tauschte Rumänien 2008 seine bisher gehaltene Position des Schlusslichts unter den Staaten der EU mit Bulgarien, dessen Entwicklung in den letzten Jahren gegenläufig gewesen war.

Den erzielten Leistungen stellt die Europäische Kommission eine Liste fortdauernder Mängel im Justizsystem gegenüber.

In dem Bericht wird die Tatsache gerügt, dass Ermittlungen im Bereich der alltäglichen Korruptionsfälle zwar zu guten Ergebnissen geführt hätten, dass aber die Politisierung der Korruptionsbekämpfung sowie die uneinheitliche Rechtsprechung der höheren Gerichte

1 KOM(2008) 62 endgültig/2, Brüssel, 14.02.2008.

2 KOM(2008) 494 endgültig, Brüssel, 23.07.2008.

3 Siehe hierzu: Transparency International Romania, Principiile de bază pentru o politică public anticoruptivă dedicată Agenției Naționale de Integritate (Die Grundprinzipien für eine öffentliche Antikorruptionspolitik mit Blick auf die Nationale Integrationsbehörde), <http://www.transparency.org.ro>.

durchgreifende Erfolge im Kampf gegen die große Korruption verhinderten und Rechtsunsicherheit erzeugten.

Zwar erkennt die Kommission in ihrem Bericht an, dass die in Korruptionsfällen eingeleiteten Ermittlungen in jedem Fall in rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren münden müssten. Zugleich rügt sie die Tatsache, dass solche Urteile, falls überhaupt gefällt, zu milde und uneinheitlich ausfielen.

Der Kampf gegen die alltägliche Korruption müsse vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen verstärkt werden, wo eine Erhebung von Transparency International jüngst einen Zuwachs der Korruptionswahrnehmung ausgewiesen habe.

Auch mahnt die Kommission die beschleunigte Fertigstellung des im Parlament debattierten Strafgesetzbuches.

Vor allem aber müsse die Korruptionsbekämpfung entpolitisiert werden.

Anders als im Falle Bulgariens schlug die Kommission keine Sanktionen gegen Rumänien vor. Allerdings verfügte sie im August 2008 die teilweise Aussetzung der unter dem SAPARD-Programm geleisteten Zahlungen der EU. Sie sollten erst wieder aufgenommen werden, wenn die rumänischen Behörden die von der EU festgestellte Verwaltungsschwäche in diesem Bereich behoben und ihren diesbezüglichen Aktionsplan nachgebessert hätten.⁴

Abschließend stellte die Kommission in ihrem Bericht fest, dass das Kooperations- und Kontrollverfahren noch über einen längeren Zeitraum fortbestehen müsse. Dabei stellt sich die Frage, ob man in Brüssel erwägt, den allgemein gültigen Nachbeitritts-Schutzmechanismus im Falle der beiden südosteuropäischen Staaten über die vertraglich vereinbarte Dauer von drei Jahren hinaus zu verlängern?

Europa- und Kommunalwahlen

Seit dem EU-Beitritt herrscht in Rumänien fast ununterbrochen Wahlkampf: Am 25. November 2007 fanden die ersten Wahlen für das Europäische Parlament statt und am 1. Juni 2008 Kommunalwahlen. Für den 30. November 2008 sind Parlamentswahlen geplant, 2009 stehen erneut (EU-weite) Wahlen für das Europäische Parlament und Ende 2009 Präsidentschaftswahlen an.

Die Wahlen für das Europaparlament vom 25. November 2007 fanden zeitgleich mit einem Referendum über die Einführung des Mehrheitswahlrechts statt, das der Staatspräsident nach jahrelangen heftigen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien angeordnet hatte. Das Referendum scheiterte an der niedrigen Wahlbeteiligung von 29,46%. Bei den Europawahlen siegte die dem Präsidenten nahestehende Demokratische Partei (Partidul Democrat, PD) mit 28,8% der Stimmen vor den Sozialdemokraten (Partidul Social Democrat, PSD) mit 23,11%. Die Nationalliberale Partei (Partidul Național Liberal, PNL) des Premierministers erzielte 13,44%, obwohl sie im Dezember 2006 einen Teil ihrer Parlamentarier verloren hatte, die sich abgespalten und eine auf den Staatspräsidenten eingeschworene Liberaldemokratische Partei (Partidul Liberal Democrat, PLD) gegründet hatten. Diese liberalen Dissidenten konnten 7,78% für sich verbuchen. Dem Demokratischen Verband der Ungarn Rumäniens (Uniunea Democrată a Maghiarilor din România, UDMR) gelang es nur knapp, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, der ungarische Pastor Tökes schaffte als Unabhängiger ebenfalls den Sprung ins Parlament, nicht aber die beiden nationalistisch-populistischen Parteien Großrumänien (Partidul

4 Euractiv.ro, 21.08.2008.

România Mare, PRM) und die Partei Neue Generation (Partidul Noua Generatie, PNG). Unmittelbar nach den Europawahlen fusionierte Basescus Demokratische Partei mit der abtrünnigen Liberaldemokratischen Partei zur neuen Präsidialpartei, der Demokratisch-Liberalen Partei (Partidul Democrat Liberal, PDL).

Es folgten am 1. Juni 2008 die Kommunalwahlen, bei denen erstmals das neue Wahlgesetz⁵ – es trat am 13. März 2008 in Kraft – zum Einsatz kam, das die Direktwahl der Kreisratsvorsitzenden vorsieht. Die Kommunalwahlen zeichneten im Vergleich zu den Europawahlen ein verändertes Stimmungsbild. Bei der Wahl der Kreisräte siegte die Demokratisch-Liberale Partei, die bei den im Vorfeld abgehaltenen Meinungsumfragen mit über 36% klar in Führung gelegen hatte, mit nur 28,38% der Stimmen knapp vor den Sozialdemokraten mit 28,22%. Überraschend gut schnitt die Nationalliberale Partei mit 18,65% ab, während die nationalistischen Parteien erneut die Prozenzhürde verfehlten. Erstmals seit 1989 traten die Vertreter der ungarischen Minderheit mit zwei Formationen an. Der traditionelle Ungarnverband (UDMR) konnte mit 5,43% seine Stellung verteidigen, verlor aber Stimmen an die abtrünnige Ungarische Bürgerpartei (Partidul Civic Maghiar, PCM), die mit radikalen Parolen für eine politische Autonomie der mehrheitlich ungarisch bevölkerten Kreise Harghita und Covasna eintrat und 1,08% erzielte. Die Wahlbeteiligung lag mit 49,6% unter der Beteiligung an den beiden letzten Kommunalwahlen – 2000 mit 54,2% und 200 mit 50,8%.

In der Wirtschaft weiterhin Chancen und Risiken

Rumänien ist längst nicht mehr nur die verlängerte Werkbank Europas, wie seine Außenhandelsstruktur in den letzten Jahren erkennen lässt. Für das Jahr 2007 weisen die Statistiken einen Rückgang von Textilprodukten und die Zunahme von Erzeugnissen des Maschinenbaus, Transportmitteln und Elektrogeräten bei den rumänischen Ausfuhren aus. Zwar werden die in Rumänien gezahlten Durchschnittslöhne derzeit nur von jenen in Bulgarien unterboten, doch die Tendenz ist steigend. Noch liegen die Durchschnittslöhne in der rumänischen Privatwirtschaft einer Erhebung der Federation of European Entrepreneurs zufolge bei 354 Euro brutto monatlich, der durchschnittliche Stundenlohn beträgt 2,2 Euro.⁶ Im abgelaufenen Jahr stieg aber der Netto-Durchschnittslohn in Rumänien preisbereinigt um 14%. Unter dem Druck gewerkschaftlich organisierter Streiks hat die Regierung kürzlich zugesagt, den Mindestlohn zum 1. Oktober 2008 (im November finden Parlamentswahlen statt) auf 540 Lei und zum 1. Januar 2009 auf 600 Lei anzuheben. Danach soll der Mindestlohn sechs Jahre lang automatisch um jährlich 100 Lei angehoben werden und 2014 die Hälfte des Durchschnittslohns erreichen.⁷

Der Anstieg der Arbeitseinkommen in Rumänien ist natürlich auch eine Folge der Verknappung des Angebots auf dem rumänischen Arbeitsmarkt. Im Jahre 2007 lag der Anteil der Arbeitslosen bei 6,4%, jener der Langzeitarbeitslosen (über ein Jahr) bei 3,2%.⁸ Von einem positiven makroökonomischen Parameter ist die niedrige Arbeitslosigkeit inzwischen zu einem Problem geworden. Rund zwei Millionen rumänische Arbeitsmigranten halten sich in den Staaten der EU, vorwiegend in Italien und Spanien, auf. Ihre Rücküber-

5 Gesetz Nr. 35 vom 13.03.2008.

6 Federation of European Entrepreneurs FedEE, zitiert von Străuț Dan, Tot mai multe posturi de ingineri rămân neocupate (Immer mehr Ingenieurstellen bleiben unbesetzt), in: Adevărul, 23.08.2008.

7 BBCRomanian.com, 23.08.2008.

8 INS, Ocuparea i somajul în anul 2007, Nr. 149, 30.07.2008.

weisungen betragen im Jahre 2007 6,4 Milliarden Euro, in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres waren es 3,44 Milliarden Euro.

Kürzlich veröffentlichte Arbeitsmarktrends weisen für den privaten Sektor für in der ersten Jahreshälfte 2008 einen hohen Bedarf an hochqualifizierten Spezialisten (Ingenieuren), Technikern und Meistern, Juristen, aber auch von qualifizierten Arbeitskräften in der Landwirtschaft aus. Dabei ist sehr wohl eine territoriale Differenzierung des Arbeitskräftebedarfs zu beobachten. Die meisten offenen Stellen gibt es in Bukarest und in der Moldau, die wenigsten im Südwesten (Oltenien) und Südosten des Landes. Auch im staatlichen Sektor fehlen Arbeitskräfte vor allem in der Verwaltung, im Gesundheitswesen, der Energie- und Wasserwirtschaft und im Bergbau.⁹

Natürlich gibt es weiterhin Risiken der Wirtschaftsentwicklung Rumäniens. Das hohe Wirtschaftswachstum, so sagen Analysten, sei im Kern ein „teures Wachstum“, da es immer noch nicht ausreichend auf einer Steigerung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit begründet sei, sondern auf dem Einsatz finanzieller und menschlicher Ressourcen. Seit einiger Zeit macht das Schlagwort von der Überhitzung der rumänischen Wirtschaft die Runde. Die im ersten Halbjahr 2008 erzielte Wachstumsrate von 8,6% ist allerdings vor allem das Ergebnis der im Vergleich zu 2007 exzellenten Getreideernten.

Hinzu kommt die immer noch hohe Inflationsrate. Sie lag 2007 bei 4,8%, im Mai dieses Jahres aber schon wieder bei 8,4%. Der Gouverneur der Nationalbank Mugur Isrescu geht für das gesamte Jahr 2008 allerdings von einer Teuerungsrate von 3,8% plus minus einem Prozentpunkt aus.

Das Haushaltsdefizit ist 2007 auf 2,5% BIP angestiegen, für 2008 wird ein Wert von 2,8% BIP erwartet. Die Einführung des Euro ist für das Jahr 2014 geplant. Das Handelsbilanzdefizit lag 2007 bei 11,2%. Die Exporte waren um 13,7% (in Euro), die Importe hingegen um 24,9% (in Euro) angestiegen. Entsprechend hoch war auch 2007 wieder das Leistungsbilanzdefizit Rumäniens. Es lag bei 13,4% BIP, zwischen Januar und Mai 2008 bei 11%. Die Landeswährung, der Leu, war zeitweilig gegenüber dem Euro stark überbewertet. Zwischen Mai 2007 und Mai 2008 verlor sie dann 16% an Wert. Dank der laschen Vergabe von Kundenkrediten durch die in- und ausländischen Banken stieg die Verschuldung der Privathaushalte stark an – im Mai 2008 erreichte sie 61,3%.

Problematisch ist aber vor allem die Tatsache, dass es Rumänien nach fast zweijähriger Mitgliedschaft in der EU immer noch nicht geschafft hat, eine von allen politischen Kräften getragene Strategie für eine anhaltende Wirtschaftsentwicklung zu verabschieden und zum Einsatz zu bringen. Am 25. Juni 2008 hat die Regierung ihren Strategieentwurf veröffentlicht, nun liegt es an den im Parlament vertretenen politischen Parteien, ihn zu verabschieden.

Weiterführende Literatur

Müller, Annett: Rumänien – Boomland in politischer Agonie, in: Eurotopics, 11.02.2008.

Friedrich Ebert Stiftung: Rumänien Kurzberichte. PSD und PD-L Kopf-an-Kopf. Wahlbeteiligung auf neuem Tiefstand, Bukarest 2008.

9 Federation of European Entrepreneurs FedEE, ebd.